

INDIEN

Fünf Jahre Gefängnis nach falschem Bekehrungsvorwurf

Zu „Gefangenen des Monats September 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor Chhot Singh Dhurve und weitere mit ihm Verurteilte aus Indien benannt. Der 49-Jährige gehört zu einer Gruppe von sieben Christen, die nach Verhängung einer Haftstrafe von jeweils fünf Jahren wegen angeblicher Zwangsmissionierung am 12. Juni 2026 im indischen Bezirk Dindori ins Gefängnis kamen. Zusätzlich wurde gegen jeden von ihnen noch eine Geldstrafe von umgerechnet mehr als 900 Euro verhängt. Die weiteren Betroffenen sind Sanjay Markam, Santosh Paraste, Amit Kumar, Pramod Singh, Karan Singh Maravi und Jeet Singh, die im Alter von 20 bis 48 Jahren sind.

Dindori, wo die Urteile ergingen, befindet sich im Bundesstaat Madhya Pradesh, der seit März 2020 von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party, der Indischen Volkspartei, regiert wird. Dort gilt seit 2021 ein strenges Gesetz gegen Bekehrungen, auf

Musterbrief

Ihre Exzellenz
Staatspräsidentin Draupadi Murmu
c/o Botschaft der Republik Indien
Tiergartenstraße 17
10785 Berlin

Exzellenz,

ich wende mich in Sorge um sieben inhaftierte Christen und ihre Angehörigen an Sie. Es handelt sich um die folgenden Männer, die zwischen 20 und 49 Jahre alt sind: Chhot Singh Dhurve, Sanjay Markam, Santosh Paraste, Amit Kumar, Pramod Singh, Karan Singh Maravi und Jeet Singh. Gegen sie wurde am 12. Juni 2026 in Madhya Pradesh im Bezirk Dindori jeweils eine Haftstrafe von fünf Jahren wegen Verstoßes gegen das sogenannte Anti-Konversionsgesetz verhängt. Zusätzlich wurden sie zu einer Geldstrafe von umgerechnet mehr als 900 Euro verurteilt.

Die Christen gerieten nach einer Auseinandersetzung am Rande eines Familienfestes am 27. April 2024 ins Visier der Behörden. Ihnen wird vorgeworfen, unter den Gästen für den christlichen Glauben geworben oder sie sogar zum Religionswechsel gedrängt zu haben. Insbesondere der Gastgeber widerspricht dieser Darstellung, während die Person, die Anzeige erstattete, dort gar nicht eingeladen war. Es spricht viel dafür, dass in diesem Fall das Gesetz für einen persönlichen Racheakt missbraucht wurde und das Gericht dies nicht berücksichtigt hat.

Die Gleichberechtigung, die in der indischen Verfassung festgeschrieben ist, ist leider gerade in ländlichen Regionen noch immer nicht verwirklicht. Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Christen, für die übrigens eine unerschwingliche Kautions festgelegt wurde, freigelassen werden.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Pastor Chhot Singh Dhurve

dessen Grundlage bereits viele Angehörige der christlichen Minderheit inhaftiert wurden. Die sieben Christen kamen erstmals nach einer Auseinandersetzung am Rande eines Familienfestes am 27. April 2024 in Haft. Angad Singh Maravi, ein Cousin des Gastgebers hatte die Feier als ungeladener Gast gestört und insbesondere die dort versammelten Christen bedroht, bis schließlich ein Mob von mehr als 100 Menschen angerückt war und das Haus umzingelte. Als die Polizei zur Sicherheit der bedrängten Christen gerufen wurde, kam sie zwar, nahm aber die Betroffenen fest. Sie kamen Anfang Mai 2024 alle nach Hinterlegung einer Kautions vorübergehend frei. Gegen die Urteile haben die Christen Berufung beantragt. Die IGFM und IDEA bitten um Appelle an die indische Präsidentin Draupadi Murmu, sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen.

CHINA

84-jährige Anhängerin von Falun Gong in Haft verstorben

Seit mittlerweile 27 Jahren wird die Anhängerschaft der Meditationsbewegung Falun Gong, die 1992 in China gegründet wurde, von der dortigen kommunistischen Diktatur unerbittlich verfolgt. Falun-Gong-Praktizierende werden in Lagern eingesperrt und gefoltert; sie wurden laut unabhängiger Experten-Berichte bereits massenhaft zu Opfern von Organraub. Auch betagte Senioren müssen noch staatliche Verfolgung fürchten: Die

84-jährige Liu Huiju aus Chinas nördlicher Provinz Heilongjiang, die seit 30 Jahren Falun Gong praktizierte, ist am 7. Mai 2026 in der Haft verstorben. Wie der Online-Info-Dienst „Bitter Winter“ meldete, wurde ihr Tod erst am 25. Juli bekannt gegeben.

Anfang Juli 2025 holte die Polizei Liu mit einem Krankentransport-Dienst von ihrem Zuhause in Shuangyashan gegen ihren Willen ab, angeblich, um sie zu unter-

suchen. Seit Mai 2020 erlitt sie massive Repressalien: Hausdurchsuchung, Hausarrest, staatsanwaltliche Ermittlungen und ein Gerichtsverfahren. Das Urteil lautete: eineinhalb Jahre Haft zuzüglich einer Geldstrafe. Sie war aber herzkrank und litt unter Bluthochdruck. Trotz mehrfacher Einlieferung in die Notaufnahme zur Reanimation wurde ihr keine gesundheitsbedingte Haftunfähigkeit bescheinigt.

Junger Bahá'í willkürlich eingesperrt

Der zu dem Zeitpunkt 19-jährige Parsa Najafi, Angehöriger der Bahá'í-Gemeinschaft im Iran, ist am 6. Juni 2026 bei einer Hausdurchsuchung in seinem Elternhaus in der iranischen Stadt Isfahan festgenommen worden. Informationen der IGFM zufolge befindet er sich seither im Zentralgefängnis von Isfahan. Weder eine Anklage und noch ein Urteil gegen Najafi wurden be-

kanntgegeben. Sein Anwalt erhielt bislang weder Zugang zu Parsa Najafi noch Akten-einsicht; auch der Kontakt zu den zuständigen iranischen Behörden wurde ihm verweigert.

Die IGFM ist besorgt über Berichte, denen zufolge er massiv unter Druck gesetzt worden ist, ein falsches Geständnis über Spionage und Zusammenarbeit mit Israel

abzulegen. Ein Gerichtsverfahren wegen solcher Vorwürfe könnte mit einem Todesurteil enden. Darüber hinaus wurde seinen Eltern nach anfänglichen Besuchsmöglichkeiten schließlich der weitere Kontakt zu ihrem Sohn verweigert, was den Druck auf den jungen Häftling nochmals erhöht. Die IGFM setzt sich für die sofortige Freilassung des inzwischen 20-jährigen ein.

TÜRKEI

Vergebliche Hoffnung auf Wiedereröffnung 55 Jahre nach Schließung

Jüngst ist erneut eine Flamme der Hoffnung unter den griechisch-orthodoxen Christen in der Türkei erstickt worden, die zunächst bei einem Treffen in Washing-

ton angefacht wurde: US-Präsident Donald Trump sprach seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan am 25. September 2025 direkt auf die Wiedereröffnung der griechisch-orthodoxen Hochschule von Chalki auf Heybeliada an. Die Ausbildungsstätte auf der Prinzeninsel im Marmarameer vor Istanbul ist bereits seit September 1971 geschlossen. Der türkische Präsident versprach Trump, alles dafür zu tun, was er

kann. Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios war nur zehn Tage zuvor Gast im Weißen Haus und äußerte dabei die Hoffnung, dass im September 2026 – genau 55 Jahre nach ihrer Schließung – die traditionsreiche und weltweit anerkannte Institution den Studienbetrieb wieder aufnehmen könne.

Die Ausbildungsstätte war seinerzeit auf der Grundlage eines Gesetzes, das den Betrieb privater Hochschulen verbietet, geschlossen worden. Dies führte zu einer schwerwiegenden Einschränkung der Ausbildungsmöglichkeiten für den orthodoxen Klerus. Patriarch Bartholomaios hat die Schließung zuletzt in seiner Neujahrs-

ansprache für 2026 öffentlich als „großes Unrecht“ bezeichnet. Im Juni 2026 war das Kirchenoberhaupt zum wiederholten Male mit Erdogan zusammengetroffen.



Hochschule von Chalki auf Heybeliada

Nach Worten des Metropoliten Emmanuël von Chalcedon, der an dem Treffen teilnahm, habe Erdogan daraufhin den türkischen Hochschulrat angewiesen, die Verhandlungen mit dem Patriarchat fortzusetzen. Ein Hindernis sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen der Hochschulbetrieb nun wieder aufgenommen werden kann. Hierbei ist für die griechisch-orthodoxe Kirche die Freiheit von staatlicher Bevormundung von entscheidender Bedeutung.

Allerdings wird sich im September 2026 die Hoffnung des Patriarchen auf Aufnahme des Lehrbetriebs eher nicht erfüllen. Es wird wohl höchstens eine Feier anlässlich

der Beendigung der vorgenommenen Renovierungsarbeiten geben. Kirchenoberhaupt Bartholomaios, in Medien auch als „Grüner Patriarch“ titulierte, organisiert

in dem Hochschulgebäude seit den 1990er Jahren hochrangige, interdisziplinäre Umwelt- und Religions-symposien wie die „Chalki-Gipfel“ von 2012 und 2019.

Seit Jahrzehnten gibt es auf internationaler Ebene – etwa durch die Europäische Union oder die USA – Bemühungen, die Regierung in der Türkei zur Wiedereröffnung zu bewegen. Auch regierungsunabhängige Initiativen appellierten bereits häufig an Ankara; die IGFM

setzt sich seit den 1990er Jahren unter anderem bei mehreren Delegationsreisen in der Türkei dafür ein. Dabei gab es auch Gespräche im Ökumenischen Patriarchat und Besuche der Hochschule von Chalki.

Die IGFM schlägt zudem als Zeichen guten Willens die staatliche Anerkennung des Titels „Ökumenischer Patriarch“ für das Kirchenoberhaupt Bartholomaios vor, gegen die sich die türkische Regierung bislang sperrt.

Walter Flick

Bitte appellieren Sie an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Einen Musterbrief finden Sie hier:

